

208/SPET XXIV. GP

Eingebracht am 27.04.2012

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Stellungnahme zu Petition



Parlamentsdirektion
Parlament
1017 Wien

Organisationseinheit: BMG - I/A/15 (Ministerrat)
Sachbearbeiter/in: Elke Wyschata
E-Mail: elke.wyschata@bmg.gv.at
Telefon: +43 (1) 71100-4514
Fax:
Geschäftszahl: BMG-11000/0018-I/A/15/2012
Datum: 25.04.2012

E-Mail: stellungnahme.PETBI@parlament.gv.at

Petition Nr. 125 betr. "110-kV ade!" - überreicht vom Abgeordneten Dipl.Ing. Dr. Pirkhuber

Sehr geehrte Damen und Herren!

Unter Bezugnahme auf das Schreiben vom 14. März 2012, GZ. 17010.0020/30-LI.3/2012, teilt das Bundesministerium für Gesundheit zu der im Betreff genannten Petition Folgendes mit:

Eingangs darf darauf hingewiesen werden, dass nachfolgende Stellungnahme gleich lautend auch zu den Petitionen Nr. 129 und Nr. 155 abgegeben wird.

Der Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren und -gefährdungen als zentrale umwelthygienische Aufgabe erfordert auch, auf begründeten Verdacht hin Maßnahmen zu treffen, die ein mögliches Risiko minimieren. Die Resolution 1815/2011 der parlamentarischen Versammlung des Europäischen Rates fordert für elektromagnetische Felder die Anwendung von Vorsorge und im Speziellen die des ALARA („as low as reasonably achievable“)-Prinzips.

In der Bevölkerung bestehen Befürchtungen, die sich insbesondere dort, wo deutlich sichtbare Anlagen (wie die Masten von Hoch- und Höchstspannungsleitungen) nahe an den Wohn- und Erholungsbereich heran gebaut werden, in Bürgerinitiativen und anderen Protestformen ausdrücken. Derartige Befürchtungen lassen sich auch nicht mit dem Hinweis auf die wissenschaftliche Faktenlage beschwichtigen.

Die derzeitige Sachlage hinsichtlich netzfrequenter Felder ist, dass zwar eine Vermutung nachteiliger gesundheitlicher Auswirkungen (z.B. kindliche Leukämie, möglicher Zusammenhang mit neurodegenerativen Erkrankungen; Einstufung niederfrequenter Magnetfelder als mögliches Karzinogen nach IARC der WHO) besteht, dass aber in absehbarer Zeit von wissenschaftlicher Seite keine abschließende Beurteilung des Problems langfristiger gesundheitlicher Auswirkungen zu erwarten ist.

Für den Bundesminister:
Petra Woller

Beilage/n: